

Vom Vorsitzenden genehmigt: 29. Mai 2017  
Von der Sitzung beschlossen: 29. Oktober 2017

# Sitzungsprotokoll

Ring Politischer Jugend Karlsruhe

28. Mai 2017

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden</b>	<b>2</b>
1.1	Feststellung der Beschlussfähigkeit . . . . .	2
1.2	Wahl einer Protokollantin . . . . .	2
1.3	Beschluss der Tagesordnung . . . . .	2
1.4	Beschluss der Sitzungsprotokolle . . . . .	2
<b>2</b>	<b>Beratung des Satzungsentwurfs</b>	<b>3</b>
2.1	Änderungsantrag 6 . . . . .	3
2.2	Änderungsantrag 1 . . . . .	3
2.3	Änderungsantrag 5 . . . . .	3
2.4	Änderungsantrag 2 . . . . .	4
2.5	Änderungsantrag 3 . . . . .	4
2.6	Änderungsantrag 4 . . . . .	4
2.7	Spontaner Änderungsantrag der JU . . . . .	4
2.8	Diskussion über den geänderten Satzungsentwurf . . . . .	5
<b>3</b>	<b>Beschluss der neuen Satzung</b>	<b>6</b>
<b>4</b>	<b>Beteiligung des RPJ an den Schülertagen 2017</b>	<b>6</b>
<b>5</b>	<b>Sonstiges</b>	<b>7</b>
<b>A</b>	<b>Anwesenheitsliste</b>	<b>8</b>
<b>B</b>	<b>Entwurf für eine neue Vereinssatzung mit Änderungsanträgen</b>	<b>9</b>

# 1 Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Michael Börner, eröffnet um 18:12 die Sitzung im Z10 in der Zähringerstraße 10 in 76131 Karlsruhe.

Folgende Personen sind als Vertreter ihrer jeweiligen Jugendorganisationen anwesend:<sup>1</sup>

- Christina Bischoff (GJ)
- Michael Börner (Jusos)
- Tobias Bunk (JU)
- Benedict Hasenauer (JuLis)
- Moritz Klammmler (JuLis)
- Nadine Scheer (JU)
- Veit Wild (GJ)

Es sind keine Gäste anwesend.

## 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Michael Börner stellt fest, dass die Sitzung beschlussfähig ist, da von jeder Organisation ein Vertreter anwesend ist.

## 1.2 Wahl einer Protokollantin

Michael Börner schlägt Moritz Klammmler als Protokollant vor. Bei Enthaltung des Betroffenen wird Moritz einstimmig bestätigt (6 × Ja, 0 × Nein, 1 × Enthaltung).

## 1.3 Beschluss der Tagesordnung

Michael Börner stellt die mit der Einladung vom 16. Mai 2017 versandte Tagesordnung vor. Sie wird einstimmig angenommen (7 × Ja, 0 × Nein, 0 × Enthaltung).

## 1.4 Beschluss der Sitzungsprotokolle

Michael Börner fragt, ob es Anmerkungen zum Protokoll der Sitzung vom 21. April 2016 gibt. Das ist nicht der Fall. Daraufhin bittet Michael Börner um die Abstimmung. Das Protokoll wird einstimmig beschlossen (7 × Ja, 0 × Nein, 0 × Enthaltung).

Michael Börner fragt, ob es Anmerkungen zum Protokoll der Sitzung vom 5. Juni 2016 gibt. Das ist nicht der Fall. Daraufhin bittet Michael Börner um die Abstimmung. Das Protokoll wird einstimmig beschlossen (7 × Ja, 0 × Nein, 0 × Enthaltung).

Michael Börner fragt, ob es Anmerkungen zum Protokoll der Sitzung vom 30. April 2017 gibt. Das ist nicht der Fall. Daraufhin bittet Michael Börner um die Abstimmung. Das Protokoll wird einstimmig beschlossen (7 × Ja, 0 × Nein, 0 × Enthaltung).

---

<sup>1</sup>Siehe Anwesenheitsliste im Anhang A.

## 2 Beratung des Satzungsentwurfs

Moritz Klammler weist darauf hin, dass es offiziell (laut geltender Satzung) das Konzept eines Änderungsantrags zu einem Satzungsänderungsantrag nicht gebe. Er schlägt daher vor, die vorliegenden Änderungsanträge als informell zu betrachten, und mit einfacher Mehrheit über sie abzustimmen. Über den dadurch geänderten Satzungsänderungsantrag soll dann nach dem in der Satzung vorgesehenen Modus abgestimmt werden. Moritz schlägt weiter vor, die Änderungsanträge in der Reihenfolge 6, 1, 5, 2, 3, 4 zu behandeln. Es gibt keine Einwände gegen dieses Vorgehen.

### 2.1 Änderungsantrag 6

Michael Börner bittet die Anwesenden der GJ, den von ihnen eingebrachten Antrag zu begründen. Veit Wild sagt, dass Moritz Klammler ihm im Vorfeld seine Bedenken gegen den Änderungsantrag privat mitgeteilt habe. Moritz' Hauptkritikpunkt sei gewesen, dass Fraktionen sich jederzeit neu formieren können, und daher das Risiko bestehe, dass eine potentiell unbegrenzte Anzahl von Organisationen in den RPJ aufgenommen werden müsste. Materiell würde Veit zwar das Konzept des Gemeinderats gegenüber dem Landtag vorziehen, sieht jedoch nicht, wie die erwähnten Probleme im Sinne der Antragsteller gefixt werden könnten. Moritz Klammler sagt, dass Veit seine Bedenken im Wesentlichen zutreffend wiedergegeben habe, und zollt ihm Anerkennung für seine sachliche Herangehensweise.

Der Antrag wird abgelehnt (0 × Ja, 5 × Nein, 2 × Enthaltung).

### 2.2 Änderungsantrag 1

Michael Börner bittet Moritz Klammler, den Antrag zu erläutern. Moritz sagt, dass er den Antrag zwar formuliert habe, bittet jedoch die Anwesenden der GJ, den Antrag zu begründen, da er auf ihren Vorschlag zustande gekommen sei. Veit Wild sagt, dass er den Antrag nach wie vor sinnvoll finde, da er es für weniger willkürlich halte, Gemeinderat, Landtag und Bundestag zu berücksichtigen, als nur Gemeinderat und Landtag.

Moritz Klammler gibt zu bedenken, dass der Änderungsantrag konsequenterweise die Anzahl der Delegierten von maximal 2 auf maximal 3 anpassen müsste, was jedoch niemand wolle.

Der Antrag wird abgelehnt (2 × Ja, 4 × Nein, 1 × Enthaltung).

### 2.3 Änderungsantrag 5

Michael Börner bittet Moritz Klammler den Antrag zu erläutern. Moritz sagt, dass er den Antrag anhand des Feedbacks der Linksjugend [solid] verfasst habe, ihn jedoch nicht für sinnvoll halte. Das Konzept „eine Stimme für den Gemeinderat – eine Stimme für den Landtag“ sei bewusst gewählt worden, um dem Fall vorzubeugen, dass eine Organisation versucht, sich mehr Stimmen zu erschleichen, indem sie sich zum Schein teilt, und ihre Gemeinderats- und Landtagsfraktion jeweils unterschiedliche Gruppen benennen lässt.

Der Antrag wird abgelehnt (0 × Ja, 5 × Nein, 2 × Enthaltung).

## 2.4 Änderungsantrag 2

Michael Börner bittet Moritz Klammler den Antrag zu erläutern. Moritz erklärt, dass der Antrag das Konzept der Ehrenmitgliedschaft abschafft, und dass er ihn dazumals auf Wunsch der GJ formuliert habe. Veit Wild begründet den Antrag emotionslos. Vereinzelt werden Bedenken geäußert, dass Ehrenmitglieder dem Ansehen des RPJ schaden könnten. Zahlreiche Anwesende äußern sich auch dahingehend, dass sie das Konzept einer Ehrenmitgliedschaft für überflüssig erachten.

Der Antrag wird angenommen (6 × Ja, 1 × Nein, 0 × Enthaltung).

## 2.5 Änderungsantrag 3

Michael Börner bittet Moritz Klammler den Antrag zu begründen. Moritz erklärt, dass er den Antrag aufgrund der Erfahrungen mit der Satzung des stja gestellt habe, die vom Amtsgericht Mannheim nicht akzeptiert worden sei, da eine absolute Anzahl von Stimmen für die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nach ständiger Rechtsprechung des BGH offenbar unvereinbar mit dem gesetzlich geforderten Schutz von Minderheitenrechten sei. Moritz hält es für unwahrscheinlich, dass die durch den Änderungsantrag eingeführte Regelung in der Praxis jemals aktiviert werden könnte, sieht jedoch auch keinen Nachteil darin, sie formal in der Satzung zu haben. Christina Bischoff äußert Bedenken der GJ, dass diese ihre Mitgliederzahlen einerseits nicht systematisch erfassen und andererseits wenn möglich lieber nicht bekanntgeben würde. Mit dem stja, dem ebenfalls jährlich Mitgliederzahlen zu melden seien, führe die GJ deshalb jedes Jahr lange Diskussionen. Die anderen Anwesenden halten diese Pflicht für zumutbar. Michael Börner stellt klar, dass der RPJ-Vorsitzende keine rechtliche Grundlage und erst recht keine Motivation habe, um die von der GJ genannten Zahlen unabhängig zu überprüfen.

Der Antrag wird angenommen (5 × Ja, 0 × Nein, 2 × Enthaltung).

## 2.6 Änderungsantrag 4

Michael Börner bittet Moritz Klammler den Antrag zu erläutern. Moritz erklärt, dass er den Antrag aufgrund des Feedbacks der Linksjugend [solid] formuliert habe, ihn jedoch für problematisch halte, da das Erreichen der Beschlussfähigkeit in der Vergangenheit zwar ein ernstes Problem gewesen sei, in Abwesenheit einer Organisation gefasste Beschlüsse jedoch dem inneren Frieden und Arbeitsklima noch weniger zuträglich seien, und die Arbeit nicht nachhaltig vereinfachen würden. Es gibt keine weiteren Meinungen zu dem Antrag.

Der Antrag wird abgelehnt (0 × Ja, 7 × Nein, 0 × Enthaltung).

## 2.7 Spontaner Änderungsantrag der JU

Nadine Scheer sagt, dass es der JU lieber wäre, wenn das Kriterium nicht „Gemeinderat *oder* Landtag“ sondern „Gemeinderat *und* Landtag“ lauten würde.

Moritz Klammler äußert seinen Unmut darüber, dass die JU es nicht zuwege gebracht habe, innerhalb fast eines Jahres einen diesbezüglichen Änderungsantrag zu formulieren. Michael Börner sagt, dass er wenig gewillt sei, die Abstimmung ein weiteres Mal zu vertagen, und weist darauf hin, dass er zu jeder Sitzung eigens aus Tübingen anreisen muss. Michael Börner und Moritz

Klammler schlagen vor, die Sitzung für 10 Minuten zu unterbrechen, um den Vertretern der JU Gelegenheit zu geben, spontan einen Änderungsantrag zu formulieren.

Die Sitzung wird um 19:17 unterbrochen und um 19:24 wieder aufgenommen.

Tobias Bunk verliest folgenden Änderungsantrag:

*ANTRAG: Ändere § 8 Absatz 3 Ziffer 3 zu: „anerkannte Jugendorganisation einer mit Fraktionsstärke im Gemeinderat der Stadt Karlsruhe und im Landtag von Baden-Württemberg vertretenen politischen Kraft ist, wobei eine Fraktion nicht mehr als eine Organisation benennen kann und“.*

Moritz Klammler und Benedict Hasenauer sprechen sich gegen den Änderungsantrag aus. Moritz sagt, dass er einerseits die Änderung für satzungstechnisch inkonsistent hält, da er anders als die (abgelehnten) Änderungsanträge 1 und 6 nicht berücksichtige, dass das in § 8 Absatz 3 Ziffer 3 genannte Kriterium auch andere Stellen der Satzung beeinflusse. Ferner sagt Moritz, dass er das vorgeschlagene Kriterium im Interesse seiner eigenen Organisation nicht befürworten könne. Wenn die Wahrscheinlichkeit, eine Fraktion im Gemeinderat zu haben,  $p \in [0, 1]$ , und die Wahrscheinlichkeit, eine Fraktion im Landtag zu haben,  $q \in [0, 1]$  sei, dann sehe der aktuelle Entwurf vor, dass die Wahrscheinlichkeit, um im RPJ vertreten sein zu dürfen,  $1 - (1 - p)(1 - q)$  betrage. Eine Lösung, bei der die Wahrscheinlichkeit  $\min(p, q)$  betrage, halte er noch für mit den Interessen der JuLis vereinbar, auch wenn die konkreten Werte für  $p$  und  $q$  niemand beziffern könne. Der Vorschlag der JU senke die Wahrscheinlichkeit jedoch auf  $pq$ , was er – obgleich er nicht damit rechne und schon gar nicht hoffe, dass die FDP in einem der Parlamente ihren Fraktionsstatus verlieren wird – für ein untragbar hohes Risiko erachtet. Benedict bemängelt darüber hinaus, dass er sich des Eindrucks nicht erwehren könne, dass die Intention des Antrags sei, gewisse unliebsame Organisationen aus dem RPJ fern zu halten, was er ablehne. Veit Wild, Christina Bischoff und Michael Börner sprechen sich für einen vielseitigen RPJ und daher gegen den Antrag aus, auch wenn das in der Praxis häufig mühsam sein möge.

Nadine Scheer und Tobias Bunk äußern Bedenken, dass Organisationen, die in den RPJ aufgenommen werden, dadurch auch Zugang zu Finanzmitteln erhalten würden, den sie ihres Erachtens vielleicht nicht haben sollten. Moritz Klammler und Michael Börner betonen energisch, dass unter keinen Umständen eine Organisation oder Person Geld aus den Mitteln des RPJ erhalten dürfe, und dies auch sowohl in der gültigen Satzung als auch im vorliegenden Entwurf für eine neue Satzung so verankert sei. Michael legt dar, welche öffentlichen Gelder der RPJ erhalte, und dass diese ausschließlich für die eigene gemeinnützige Arbeit zur Verfügung stünden. Moritz weist darauf hin, dass die RPJs auf Landes- und Bundesebene ein anderes Selbstverständnis hätten, und durchaus Geld verteilen. Dies habe jedoch mit dem RPJ Karlsruhe nichts zu tun.

Der Antrag wird abgelehnt ( $2 \times$  Ja,  $5 \times$  Nein,  $0 \times$  Enthaltung).

## 2.8 Diskussion über den geänderten Satzungsentwurf

Michael Börner fragt, ob es Bedarf zur Aussprache über den nunmehr geänderten Satzungsentwurf gebe. Das scheint nicht der Fall zu sein.

### 3 Beschluss der neuen Satzung

Moritz Klammler weist darauf hin, dass nach § 8 Absatz 2 der geltenden Satzung Satzungsänderungen einstimmig bei Anwesenheit von sieben Achteln aller Mitglieder beschlossen werden müssen, und Satzungsänderungsanträge zusammen mit der Einladung zur Sitzung den Mitgliedern bekannt gemacht werden müssen. Er stellt fest, dass das Quorum genau erreicht ist, und der Satzungsentwurf vom Vorsitzenden wie vorgeschrieben zusammen mit der Einladung am 16. Mai 2017 versandt wurde. Diesem Entwurf seien auch die Änderungsanträge beigegeben, sodass auch diese wie gefordert allen bekannt waren. Fraglich sei allenfalls, ob der von den Vertretern der JU spontan eingebrachte Änderungsantrag den formellen Voraussetzungen genüge. Da der Antrag abgelehnt worden sei, könne dies jedoch dahinstehen.

Michael Börner drückt seine Freude darüber aus, dass – nachdem nunmehr über ein Jahr lang um einen Kompromiss gerungen worden war – der Beschluss einer neuen Satzung schlussendlich in greifbare Nähe gerückt sei, und bittet alle Anwesenden eindringlich, dem Entwurf zuzustimmen.

Moritz Klammler schließt sich Michaels Ausführungen an, und appelliert an die Kompromissbereitschaft aller Anwesenden, lieber einen Entwurf anzunehmen, der eine offenkundige Verbesserung des *status quo* darstelle, als ihn deshalb abzulehnen, weil die eigenen Wünsche nicht zu 100% verwirklicht seien. Er sagt, dass er der Meinung sei, dass der vorliegende Entwurf der beste Kompromiss sei, der angesichts der unterschiedlichen Auffassungen der aktuellen Mitglieder zur gewünschten Ausrichtung der RPJ möglich sei. Die Erfahrung, das Ringen um diesen Kompromiss koordinieren gedurft zu haben, wolle er weder missen noch wiederholen.

Michael Börner stellt den Satzungsentwurf in der nunmehr geänderten Form zur Abstimmung.

Der Satzungsentwurf wird abgelehnt (5 × Ja, 2 × Nein, 0 × Enthaltung).

Moritz Klammler zeigt sich verärgert über die unkooperative Haltung der JU und sagt, dass er in Zukunft nicht mehr für die Koordination des Satzungserneuerungsprozess' zur Verfügung stehe, sofern dieser überhaupt noch weitergeführt werden solle.

### 4 Beteiligung des RPJ an den Schülertagen 2017

Michael Börner berichtet von den Schülertagen und dass er wie auf der letzten Sitzung besprochen inzwischen flüchtigen Kontakt mit Isabel Kasalo vom stja gehabt habe, der jedoch bisher noch nicht sonderlich produktiv gewesen sei. Michael fragt, wen die Organisationen wie auf der letzten Sitzung besprochen als prinzipiell interessierte Personen ausfindig gemacht hätten. Benedict Hasenauer sagt, dass sich bei den JuLis [REDACTED] und [REDACTED], die beide noch selbst Schüler sind, vorstellen könnten, die Arbeit zu übernehmen. Als Rückfalloption stünden auch er und Moritz Klammler selbst zur Verfügung. Veit Wild sagt, dass er sich im Zweifel selbst melden würde, jedoch noch vorab klären wolle, ob sich nicht jemand anderes finden würde. Michael Börner und Tobias Bunk sagen, dass sich aus den Jusos und der JU jedenfalls auch jemand finden würde.

Michael Börner wird morgen mit dem stja telefonieren und sodann allen berichten. Danach soll möglichst unkompliziert und sofort mit den Vorbereitungen begonnen werden. Niemand empfindet es für notwendig, dass sich vorher eine weitere RPJ-Sitzung mit dem Thema befasst.

## 5 Sonstiges

Michael Börner fragt, ob es sonstige Wortmeldungen gibt. Gibt es nicht.

Michael Börner sagt, dass er sein Amt demnächst zur Verfügung stellen wird, und weist darauf hin, dass die GJ zufolge der informellen Abmachung an der Reihe wäre, den Vorsitz zu stellen, dies jedoch ein ungeschriebenes Gesetz sei, und laut Satzung prinzipiell jedes Mitglied das Recht habe, auf den Posten zu kandidieren. Er bittet die Vertreter der GJ, sich mental darauf einzustellen, demnächst eine Person vorzuschlagen.

Michael Börner schließt die Sitzung um 19:58.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Michael Börner  
(Sitzungsleiter)

Moritz Klammler  
(Protokollant)

## A Anwesenheitsliste



**B Entwurf für eine neue Vereinssatzung mit Änderungsanträgen**